

## **Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil**

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Ausschuss Soziales und Senioren	12.09.2013

### **Schriftliche Anfrage der FDP-Fraktion an den Ausschuss für Soziales und Senioren vom 24.06.2013 - AN/0801/2013**

Mit dem Job-Boom der vergangenen Jahre unter der Bundesregierung von CDU und FDP sind nach Erkenntnissen von Arbeitsmarktforschern auch die Chancen von befristet Beschäftigten auf einen Dauer-Arbeitsplatz deutlich gestiegen.

Wurden im Jahr 2009 lediglich 30 Prozent der zunächst befristet angestellten Männer und Frauen übernommen, so waren es 2012 schon 39 Prozent, wie aus einer am 20.06.2013 veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervorgeht.

Die FDP-Fraktion bittet in diesem Zusammenhang um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele befristete Arbeitsverhältnisse sind in dem o.g. maßgeblichen Zeitraum in Köln in unbefristete Arbeitsverhältnisse umgewandelt worden?
2. Wie hoch ist die entsprechende Umwandlungsquote der Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Arbeitsmarktbranchen in dem Zeitraum 2009 bis 2013 für Köln?
3. Laut der vorzitierten Studie des IAB erstreckt sich dieser Trend auch auf die Beschäftigungssituation in der öffentlichen Verwaltung. Inwieweit hat die Kölner Stadtverwaltung in diesem Zeitraum befristete Arbeitsverhältnisse in Dauer-Arbeitsplätze umgewandelt?

Antwort der Verwaltung:

Zu den Fragen 1 und 2:

Bei der Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) handelt es sich um Ergebnisse aus dem bundesweiten IAB-Betriebspanel 2013. Basierend auf einer bundesweiten Zufalls-Stichprobengröße von 16.000 aus insgesamt 2.000.000 Betrieben (0,8 Prozent) sind Aussagen auf der Ebene kreisfreier Städte und Kreise nicht repräsentativ ableitbar. Der Verwaltung stehen somit keine Informationen zur Beantwortung der Fragen 1 und 2 der Anfrage zur Verfügung.

Zur Frage 3:

In den Jahren 2009 bis 2012 hat die Kölner Stadtverwaltung insgesamt 255 zunächst befristete Beschäftigungsverhältnisse in Dauer-Arbeitsplätze umgewandelt, wobei die Zahl der Umwandlungen in diesem Zeitraum von 46 auf 62 angestiegen ist (plus 35 Prozent). Während sich die Zahl der Umwandlungen von 2009 auf 2010 noch fast verdoppelt hatte (von 46 auf 80), ist sie seitdem wieder leicht rückläufig (2011: 67 und 2012: 62).

gez. Höing